

Der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und das Thüringer Sozialministerium haben 2002 die Beratungsinitiative gestartet, um Opfer politischer Repression und Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR zu beraten und zu unterstützen. Die Beratungen finden in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens statt. Die Termine des Beratungsangebotes vor Ort werden in der Presse, im kommunalen Amtsblatt und im Rundfunk bekannt gegeben.

(ebenso unter: www.thueringen.de/de/thla/)

Des Weiteren kann ein persönlicher Termin oder ein Hausbesuch vereinbart werden.

Unser Angebot:

- › Antragstellung auf Rehabilitierung und Geltendmachung von Leistungen nach dem Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Beruflichen Rehabilitierungsgesetz
- › Antragstellung auf Einsicht in die Stasi-Unterlagen bei dem Bundesbeauftragten
- › Unterstützung bei der Aufklärung des eigenen Schicksals sowie des Schicksals vermisster oder verstorbener Angehöriger
- › Einzelgespräche zur Verarbeitung und Integration der Verfolgungsgeschichte in die eigene Biografie bzw. Familienbiografie
- › Begleitung und Weitervermittlung an weiterführende medizinisch-therapeutische Fachdienste und Einrichtungen

Ehrenerklärung

für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

Der Deutsche Bundestag würdigt das schwere Schicksal der Opfer und ihrer Angehörigen, denen durch die kommunistische Gewaltherrschaft Unrecht zugefügt wurde.

Den Menschen, die unter der kommunistischen Gewaltherrschaft gelitten haben, ist in vielfältiger Weise Unrecht oder Willkür widerfahren. Sie wurden ihrer Freiheit beraubt und unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert. Viele sind in unmenschlichen Haftanstalten umgekommen. Sie wurden gefoltert, gequält und getötet. Sie wurden in ihrem beruflichen Fortkommen behindert, schikaniert und diskriminiert. Sie wurden verschleppt. Sie wurden unter Missachtung elementarer Grundsätze der Menschlichkeit aus ihrer Heimat, von Haus und Hof und aus ihren Wohnungen vertrieben. Sie wurden an Eigentum und Vermögen geschädigt.

Der Deutsche Bundestag verneigt sich vor allen Opfern kommunistischer Unrechtsmaßnahmen. Er bezeugt all' jenen tiefen Respekt und Dank, die durch ihr persönliches Opfer dazu beigetragen haben, nach über 40 Jahren das geteilte Deutschland in Freiheit wieder zu einen.

Deutscher Bundestag, 17.06.1992 (BR-Drucksache 431/92)

Beratungsangebot

in Trägerschaft des Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V. und des Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V.:

- › **Matthias Morawski**, Leiter
Thüringer Landtag, ThLA
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361 37-71 95 9
E-Mail: unr-ef@caritas-bistum-erfurt.de
morawski@thla.thueringen.de
- › **Tina Weinrich**, Beraterin
Schulzenweg 13, 99097 Erfurt
Telefon: 0361 78 96 97 52
E-mail: unr-ef@caritas-bistum-erfurt.de
weinrich.t@caritas-bistum-erfurt.de
und ausschließlich montags:
Darrtorstraße 11, 07318 Saalfeld
Telefon: 03671-35 82 18
E-Mail: unr-slf@caritas-bistum-erfurt.de
- › **Manfred Buchta**, Berater
Behördenhaus Gera, Außenstelle ThLA
Puschkinplatz 7, 07545 Gera
Telefon: 0365 82 23-12 04
E-Mail: manfred.buchta@tlbv.thueringen.de

Beratungsangebot des Thüringer Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

- › **Thomas Heinemann**, Referent für Bürgerberatung
Thüringer Landtag, ThLA
Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361 37-71 95 7
E-Mail: heinemann@thla.thueringen.de

Mehr Informationen: www.caritasregion-mittelthueringen.de
www.buergerkomiteethueringen.de
www.thueringen.de/de/thla/

Weitere Ansprechpartner

- › **Bürgerkomitee des Landes Thüringen e. V.**
Oberhofer Str. 4-6, 98544 Zella-Mehlis, Telefon: 03682 46 07 47
- › **Bund der Zwangsausgesiedelten e. V.**
Langwiesener Str. 6, 98693 Ilmenau, Telefon: 03621 85 53 65
- › **Freiheit e. V.**
PF 800716, 99033 Erfurt, Telefon: 0151 62 62 27 25
- › **Gedenkstätte Amthordurchgang e. V.**
Amthordurchgang 9, 07545 Gera, Telefon: 0365 55 27 63-0
- › **Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e. V.**
Burgplatz 5, 99423 Weimar, Telefon: 03643 90 24 08
- › **Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.**
Warschauer Str. 14, 99089 Erfurt, Telefon: 0361 26 28 81 2



BERATUNGSINITIATIVE
SED-UNRECHT



Im Auftrag des Landesbeauftragten
des Freistaats Thüringen
zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



Caritasverband für
das Bistum Erfurt e. V.
Caritasregion Mittelthüringen

Bürgerkomitee des
Landes Thüringen e. V.

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Familie
und Gesundheit

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



gefördert durch:

Strafrechtliche Rehabilitation ...

... beinhaltet die Aufhebung politisch motivierter Unrechtsurteile staatlicher deutscher Gerichte in der SBZ/DDR aus der Zeit vom **8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990**,

- › wenn die Entscheidung der politischen Verfolgung gedient hat (u. a. Verurteilung wegen ungesetzlichen Grenzübertritts/Republikflucht, staatsfeindlicher Hetze, Spionage, Wehrdienstverweigerung) oder
- › wenn die für den Tatbestand angeordnete Strafe aus politischen Gründen unverhältnismäßig hoch ist.

... kommt auch in Betracht, wenn die gerichtliche oder behördliche Entscheidung über Freiheitsentzug außerhalb eines Strafverfahrens ergangen ist, u. a. bei

- › Zuführung,
- › rechtsstaatswidriger Einweisung in eine psychiatrische Anstalt oder in ein Heim für Kinder oder Jugendliche
- › Leben unter haftähnlichen Bedingungen während einer Zwangsarbeit oder im DDR-Aufnahmelager oder im Jugendwerkhof.

... ermöglicht

- › die Entfernung der Verurteilung aus dem Strafregister,
- › die Erstattung damals bezahlter Geldstrafen und Gerichtskosten und
- › die Rückgabe oder Entschädigung eingezogener Vermögenswerte.

... begründet darüber hinaus Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen:

- › Kapitalentschädigung für Haftzeiten,
- › „Opferrente“ oder Unterstützungsleistungen,
- › Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung.

... kann formlos bei jedem Gericht in der Bundesrepublik Deutschland beantragt werden. In Thüringen sind die Landgerichte in Erfurt, Gera und Meiningen zuständig.

Die Antragsfrist endet zum 31. Dezember 2019.

Verwaltungsrechtliche Rehabilitation ...

... beinhaltet die Erklärung der Rechtsstaatswidrigkeit oder die Aufhebung von Verwaltungsentscheidungen in der SBZ/DDR aus der Zeit vom **8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990**, wenn diese

- › zu einer gesundheitlichen Schädigung,
- › zu einem Eingriff in Vermögenswerte oder
- › zu einer beruflichen Benachteiligung geführt haben und ihre Folgen noch heute unmittelbar schwer und unzumutbar fortwirken.

... kommt in Betracht, wenn eine Verwaltungsentscheidung als rechtsstaatswidrig angesehen wird, und zwar wenn sie

- › in schwer wiegender Weise gegen die Menschenwürde und die Prinzipien der Gerechtigkeit, der Rechtssicherheit oder der Verhältnismäßigkeit verstoßen und der politischen Verfolgung gedient hat oder
- › einen Willkürakt im Einzelfall dargestellt hat.

Insbesondere die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet der früheren DDR auf der Grundlage der Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der DDR und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1952 und der Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung 1961 sind mit den tragenden Grundsätzen eines Rechtsstaats unvereinbar.

... ermöglicht

- › Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung,
- › die Rückgabe oder Entschädigung eingezogener Vermögenswerte,
- › Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen sowie
- › Leistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz.

... wird bei den Rehabilitierungsbehörden der Länder beantragt. In Thüringen ist das Landesverwaltungsamt, Abt. VII, in Meiningen zuständig.

Die Antragsfrist endet zum 31. Dezember 2019.

Berufliche Rehabilitation ...

... beinhaltet den Ausgleich für politisch motivierte Eingriffe in Beruf oder berufsbezogene Ausbildung in der SBZ/DDR aus der Zeit vom **8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990**. Ein Eingriff liegt u. a. vor bei

- › zu Unrecht erlittenem Freiheitsentzug,
- › verfolgungsbedingtem Verweis von einer Fach- oder Hochschule,
- › rechtsstaatswidrigem Entzug einer Gewerbeerlaubnis oder eines Seefahrtsbuches,
- › beruflichen Repressalien und Kündigung eines Arbeitsverhältnisses wegen politischer oder religiöser Überzeugungen, Kritik am System der DDR, wegen eines Ausreiseantrages oder verbotener Westkontakte.

... ermöglicht, für die noch heute spürbaren Auswirkungen, soziale Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen:

- › Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung,
- › Ausgleichsleistungen für Verfolgungsoffer in schwieriger wirtschaftlicher Lage,
- › bevorzugte Förderung von beruflicher Weiter- und Fortbildung.

... begründet für politisch verfolgte Schüler und Studenten, u. a. bei

- › Relegierung von der Schule,
- › Nichtzulassung zum Abitur oder
- › Rücknahme der Delegierung zum Studium, den Anspruch auf folgende Leistungen:
- › bevorzugte Anerkennung der Ausbildungsjahre in der Rentenversicherung,
- › bevorzugte Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
- › evtl. Erlass der Rückzahlung eines BAföG-Darlehens.

... wird bei den Rehabilitierungsbehörden der Länder beantragt. In Thüringen ist das Landesverwaltungsamt, Abt. VII, in Meiningen zuständig.

Die Antragsfrist endet zum 31. Dezember 2019.